

Deutschlands erste türkischstämmige Ministerin



Der niedersächsische Ministerpräsident Wulff (CDU), der [zuletzt noch gefordert](#) hatte, mehr Menschen mit Migrationshintergrund in Spitzenämter zu berufen, hat jetzt seinen Worten Taten folgen lassen. Am Montag berief er die türkischstämmige Muslimin Aygül Özkan (Foto), eine enge Vertraute von Vural Öger („*Was der gute Süleyman vor Wien nicht geschafft hat, das schaffen unsere geburtenfreudigen Türkinnen in der Bundesrepublik*“) aus Hamburg, neu ins niedersächsische Kabinett.

Es geht Wulff ganz offensichtlich nur um türkische Wählerstimmen und solange solch eine Nominierung nicht zum Verlust von deutschen Stimmen führt, wirds gemacht. Viele Deutsche scheinen sich mittlerweile geradezu danach zu sehnen, von Türken regiert zu werden.

Die [FAZ](#) berichtet:

Mit der 38 Jahre alten Rechtsanwältin Özkan als Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration wird erstmals eine Muslimin Ministerin in Deutschland. Die frühere Unternehmerin Özkan war bisher Wirtschaftssprecherin der Hamburger CDU-Fraktion und ist seit 2008 stellvertretende Landesvorsitzende der CDU in Hamburg.

Die gläubige schiitische Muslimin sagt, sie sei in die CDU gerade wegen des „C“ eingetreten, da sie sich in den Werten Familie, Zusammenhalt und christliche Nächstenliebe wiederfinde. Sie ersetzt Mechthild Ross-Luttmann, die überregional durch ihre Koordinationsaufgabe bei der Durchsetzung des Nichtraucherschutzes bekannt wurde. Unterstützt wird Frau Özkan durch den neuen Staatssekretär Heiner Pott, bisher Oberbürgermeister der Stadt Lingen, und die Integrationsbeauftragte Honey Deihimi, deren Aufgabe vom Innenministerium in das neue Ressort verlagert wird. Bisher zählte das Politikfeld Integration zum Ressort des Innenministers Uwe Schönemann, der sich in seiner Politik als „Hardliner“ gibt und sich in jüngerer Zeit von Ministerpräsident Wulff entfremdet zu haben scheint.

Niedersachsen hatte bislang eine vergleichsweise vernünftige Einwanderungspolitik und hat auch relativ konsequent abgeschoben. Das wird sich jetzt wohl ändern...

(Spürnasen: hm, Petra P.)



Nigeria verschweigt seine Verbrecher

✘ 99,5 Prozent der rund 1800 Nigerianer, die jährlich in der Schweiz politisches Asyl beantragen, kommen nicht als

Flüchtlinge, sondern um Verbrechen zu begehen – so der Chef des Bundesamtes für Migration. Entsprechend hoch ist die Rückführungsrate. War die Rückführungsrate. Denn jetzt hat Nigeria einen Trick gefunden, um seine Verbrecher in die Schweiz auszuschaffen.

Denn auch in einer muslimischen Diktatur wird nicht so viel geköpft, gesteinigt, abgehackt und ausgepeitscht, dass man eine solche Menge Krimineller ihren Fähigkeiten entsprechend einsetzen könnte. Also raus mit den Verbrechern und schnell die Tür zu. Die [Baseler Zeitung berichtet](#):

Neuerdings müssen nigerianische Asylbewerber mittels Unterschrift bestätigen, dass sie bereit sind, in ihr Heimatland zurückzukehren. Das hat Folgen: Denn nigerianische Asylbewerber kommen grösstenteils ohne gültige Reisepapiere in die Schweiz. Und nur wenn die nigerianische Landesvertretung ihren Ausreisepflichtigen Ersatzpapiere ausstellt, ist eine Rückführung mit dem Flugzeug möglich.

Asylbewerber verweigern Unterschrift

Die Neuregelung verunmöglicht faktisch die Ausschaffung von Nigerianern, weil sich die Asylbewerber meistens weigern, die «Freiwilligkeitserklärung» zu unterzeichnen. «Für diese Personen erhalten wir von der nigerianischen Botschaft keine Ersatzpapiere», erklärt Bruno Zanga, Leiter des Ausländeramts des Kantons St. Gallen. «Dies hat zur Folge, dass die von uns verfügte Ausschaffungshaft recht schnell unverhältnismässig wird und wir die Haft nicht aufrechterhalten können.» Mit anderen Worten: Die Behörden sind gezwungen, die abgewiesenen Asylbewerber auf freien Fuss zu setzen.

Letztes Jahr beantragten 1'800 nigerianische Staatsangehörige in der Schweiz Asyl. Laut dem Chef des Bundesamts für Migration, Alard Du Bois-Reymond, kommen 99,5 Prozent von ihnen ohne die geringste Chance, in der Schweiz bleiben zu können. Sie kommen nicht als Flüchtlinge hierher, sondern um

illegale Geschäfte zu machen. Unter den gegebenen Umständen ist die Schweiz nicht mehr in der Lage, diese Leute in ihre Heimat zurückzuschaffen – unabhängig davon, ob sie am Stopp der Sonderflüge festhält, oder nicht. «Unsere Erfahrungen mit Ländern, die ebenfalls eine Freiwilligkeitserklärung verlangen, zeigen, dass die Rückkehrquote sehr rasch gegen Null strebt», erklärt dazu Bruno Zanga, Chef des Ausländeramts St. Gallen.

Nigeria will Neuverhandlungen

Auf Anfrage teilt die nigerianische Botschaft in Bern mit, dass man nun mit der Schweiz das Rücknahme-Abkommen neu verhandeln wolle: «Bis dahin müssen die Bürger freiwillig zurückkehren.» Weitere Auskünfte gebe man gegenüber den Medien keine, so die Auskunft eines gewissen Herrn Nze, wie sich der Botschaftsmitarbeiter am Telefon bezeichnet. Einen Vornamen will er nicht nennen. Der Botschafter Martin Uhomoibhi sei nicht erreichbar.

Das Bundesamt für Migration (BfM) bestätigt die Neuregelung, spielt das Problem aber herunter. «Im Moment finden keine Sonderflüge zur Rückführung statt, deshalb ist diese Situation derzeit ohne grosse Folgen», erklärt Sprecher Urs von Arb. Ob der sofortige Entscheid des Bundes zur Aussetzung der Ausschaffungsflüge richtig war, will von Arb nicht kommentieren. Dass der Entscheid aufgehoben werde, sei zwar möglich, «steht derzeit aber nicht zur Diskussion.»

Unsichere Rechtslage

Durch die Vertragsänderung Nigerias ist die Rechtslage jedoch so unsicher, dass die zuständigen Haftrichter in den Kantonen auch dann nigerianische Häftlinge wieder freilassen müssen, wenn die Sonderflüge erneut aufgenommen werden. Auch der Bund drängt deshalb auf Neuverhandlungen mit dem afrikanischen Staat. «Wir brauchen ein neues Rückübernahme-Abkommen mit Nigeria», erklärte der Chef des Bundesamts für Migration,

Alard Du Bois-Reymond, vor Kurzem gegenüber der «NZZ am Sonntag». Man sei auf die Mithilfe der nigerianischen Behörden angewiesen und wolle die gute Zusammenarbeit mit ihnen vertiefen.

Könnte man auch anders, als bei unverschämten Steinigern um Verhandlung betteln? Zumindest wenn der Westen zusammen hielte, ginge das schon. Über 317 Millionen Dollar Entwicklungshilfe, zehn Millionen davon aus Deutschland ([Zahlen von 2004](#)), könnten durchaus auch einmal zur Verhandlung stehen. Wenn der Westen zusammen hielte und den Sinn von Solidarität endlich begreifen wollte.

Ermittlungen gegen Oberst Klein eingestellt

☒ Die Bundesanwaltschaft lässt Hirn regnen und stellt die Ermittlungen gegen Oberst Klein wegen der Anforderung von Luftunterstützung gegen afghanische Terroristen ein. Alles andere, insbesondere das weitere Leugnen einer Kriegssituation, wie es die grünen Anstifter des Afghanistankrieges bis heute betreiben, wäre angesichts der gefallenen deutschen Soldaten der letzten Wochen auch schwer vorstellbar gewesen.

[Google berichtet](#) unter Berufung auf AFP:

Die Bundesanwaltschaft hat die Rechtsposition der in Afghanistan kämpfenden Bundeswehrsoldaten gestärkt. Der ISAF-Einsatz der Truppe sei ein „nichtinternationaler bewaffneter Konflikt im Sinne des Völkerstrafrechts“, erklärte die Behörde in Karlsruhe. Die Bundesanwaltschaft stellte daher

die Ermittlungen gegen Oberst Georg Klein und einen weiteren Soldaten wegen des Luftangriffs von Kundus ein.

Die Konsequenzen der Rechtsauffassung der Bundesanwaltschaft sind für die Bundeswehr in Afghanistan weitreichend: Die Soldaten können demnach etwa wegen der Tötung von Zivilisten nicht strafrechtlich verfolgt werden, solange es zu den Opfern im Rahmen „völkerrechtlich zulässiger Kampfhandlungen“ kam. Strafbar seien solche Angriffe, wenn der Täter „mit sicherer Erwartung“ davon ausgehen kann, dass der Angriff die Tötung oder Verletzung von Zivilisten in einem Ausmaß verursacht, das außer Verhältnis zu dem militärischen Nutzen des Angriffs stehe, erklärte die Bundesanwaltschaft.

Nach diesem Maßstab hätten sich Klein und sein Feuerleitoffizier mit dem Bombenabwurf auf zwei von den Taliban entführte Tanklastzüge im September 2009, bei auch dem zahlreiche Zivilisten getötet wurden, nicht strafbar gemacht. Die beiden Beschuldigten hatten laut Bundesanwaltschaft nach Ausschöpfung der ihnen zur Verfügung stehenden Erkenntnismöglichkeiten keine Hinweise auf die Anwesenheit von Zivilisten.

Sie konnten vielmehr „nach gewissenhafter und immer wieder aktualisierter Prüfung“ aller ihnen bekannten Fakten annehmen, „dass ausschließlich Aufständische vor Ort waren“. Zudem habe sich Klein für einen „örtlich eng begrenzten Einsatz mit der kleinsten zur Verfügung stehenden Bombengröße und -anzahl entschieden“. Der Angriff sei insoweit „völkerrechtlich zulässig“ gewesen und bleibe damit straflos.

Ob und inwieweit Klein mit dem Befehl zum Bombenabwurf gegen innerdienstliche Vorgaben, den sogenannten Rules of Engagement, verstoßen hatte, ist für die Bundesanwaltschaft ohne Bedeutung. Diesen Einsatzregeln komme nach außen keine „keine völkerrechtlich verbindliche Rechtswirkung“ zu, teilte die Behörde mit.

Selbst die genaue Zahl der Opfer ist für die Bundesanwaltschaft „nicht entscheidungserheblich“. Nach den

Videoaufzeichnungen der Kampfflugzeuge hätten sich zum Zeitpunkt des Bombenabwurfs 30 bis 50 Personen auf der Sandbank um die Lastzüge aufgehalten. Der Namensabgleich auf verschiedenen Opferlisten ergebe ebenfalls eine Größenordnung von etwa 50 Namen. Es blieben allerdings Unsicherheiten wegen unterschiedlicher Schreibweisen.

In der Kriegspropaganda der Taliban, die von Linkspartei und weiten Teilen der Grünen und der Medien übernommen und verbreitet wird, war stets von etwa 140 getöteten „Zivilisten“ die Rede. Umso mehr ist der sachliche Blick der Juristen zu loben. Endlich haben unsere Soldaten zumindest die Sicherheit, sich angemessen verteidigen zu dürfen. Jetzt fehlt nur noch die passende Ausrüstung, und natürlich viele mutige Vorgesetzte wie Oberst Georg Klein oder der [kürzlich ausgezeichnete Hauptfeldwebel Daniel Seibert](#).

(Spürnasen: Thomas D., Makkabaer, Zahal, Raffael, Duke)

**„Het Parool“: Geert Wilders
ist der Größte**

Geert Akbar: Geert Wilders is de grootste



Ongeveer 150 mensen demonstreren bij de Nederlandse ambassade in Berlijn, zaterdagmiddag. Zij ondersteunen PVV-politicus Geert Wilders. Aan de demonstratie deden ook leden mee van de ultrarechtse English Defence League. De bijeenkomst was georganiseerd door de burgerrechtenbeweging Pax Europa en de website Politically Incor-

rect. Onder het motto 'Vrijheid van meningsuiting is een grondrecht - solidariteit met Geert Wilders' voerden onder anderen lokale politici het woord. Zij noemden de rechtszaak die tegen Wilders loopt 'een politiek proces'. Op de foto een Nederlandse deelnemer met plakkaat: 'Geert Akbar' (Geert is de grootste). FOTO: MICHAEL JACOBS

Während die

deutschen Medien (ausser [Heise](#)) den Mantel des Schweigens über die Solidaritäts-Demo für Geert Wilders am Samstag in Berlin legen, berichtet heute die Amsterdamer Tageszeitung [Het Parool](#) in großer Aufmachung über die Veranstaltung. Obwohl die Zeitung mit der Veröffentlichung ihres Bildes vielleicht die Idee beweisen will, Geert Wilders sei etwa ein neuer Adolf Hitler, hat sie ihren ca. 250.000 Lesern auch klargemacht, was das Wort ‚Akbar‘ von ‚Allahu Akbar‘ wirklich bedeutet: Nicht ‚Groß‘, sondern ‚der Größte‘.

**Schweizer Moscheen folgen
Extremist Blancho**



Der radikal-islamische Vorsitzende des Islamischen Zentralrats der Schweiz (IZRS), [Nicolas Abdullah Blanco](#) (Foto), gewinnt immer mehr Anhänger. Die Muslimische Gemeinde Biel, bestehend aus einer Schule und acht Moscheen, hat bereits beschlossen, dem IZRS beizutreten. Damit tritt erstmals ein Zusammenschluss von Moscheen dem im Oktober 2009 gegründeten Zentralrat, der das Schweizer Recht durch die Scharia ersetzen will, bei. Von den Blanco-Anhängern sind 60 Prozent männlich, Pass-Schweizer und unter 35 Jahre alt.

Die Printausgabe der *Berner Zeitung* [berichtet](#):

Rund 60 Prozent der Mitglieder haben einen Schweizer Pass, die meisten von ihnen stammen aus Einwandererfamilien. Nur gerade 10 Prozent der IZRS-Mitglieder sind Konvertiten. Erstaunlich ist das Alter der Mitglieder: Rund 80 Prozent sind jünger als 35.

Die Islamisierung hat sich indessen auch bereits in der Schweizer Armee niedergeschlagen, in der junge Männer der Extremisten-Zielgruppe in dieser Altersstufe verpflichtet sind:

Die Schweizer Armee verfügt neu über ein Merkblatt zum Umgang mit nichtchristlichen Wehrleuten. Neben den Speisegeboten wie dem Schweinefleischverbot regelt es auch die Gebetszeiten. Der Muslim in Feldgrau soll sich nur einmal täglich gen Mekka verneigen. ...

Unterdessen ist in einzelnen Rekrutenschulen rund jeder zehnte angehende Soldat ein Muslim. Die Küche wird ihnen

Alternativmenüs auftischen. Auch die Selbstverpflegung ist möglich

Nebst dem Dunstkreis der IZRS, dem längst nicht nur Sozialhilfeempfänger, sondern auch Ärzte, Kleinkindererzieherinnen und Lehrer gehören, hat auch die Vereinigung Milli Görüs ihre Arme nach der Schweiz ausgestreckt. Sie betreibt bereits eine [Moschee im Kanton Thurgau](#).

(Spürnasen: Kokosmakrönchen und die Realität)

Türken mögen Deutschland nicht!?